

E 007**Gewerkschaft der Polizei**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen in geänderter Fassung

Gewalt in der Gesellschaft – eine zentrale Herausforderung der Gesellschaft

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Gewalt in der Gesellschaft ist eine der zentralen Herausforderungen, die auf allen Ebenen auch in den kommenden Jahren die gesellschaftlichen Akteure stark beanspruchen wird. Gewalt ist scheinbar überall, in der virtuellen Welt von Fernsehen und Computer-Technologie, wie auch im realen Leben. Gewalt hinterlässt Opfer, gewalttätige Ereignisse faszinieren Zuschauerinnen und Zuschauer.

Wir erkennen an, dass es zur Bekämpfung der Gewalt in der Gesellschaft, insbesondere in den letzten zehn Jahren, auch gute Entwicklungen gegeben hat. Es ist z. B. gelungen, die Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft auf das Phänomen der Gewalt in der Familie zu lenken. Die Anwendung des Gewaltschutzgesetzes durch gemeinsames Handeln von Polizei im ersten Zugriff, über die Jugendämter und freien Träger bis hin zu den Familiengerichten hat verdeutlicht, dass ein planvolles Vorgehen gegen Gewalttäter ebenso notwendig und erfolgreich ist, wie eine intensive Präventionsarbeit mit den von Gewalt betroffenen Familien. Jeder gewalttätige Übergriff in der Familie ist einer zu viel, aber wir stellen auch fest, dass heute die Lage von Familien und der von familiärer Gewalt Betroffenen besser ist als zu den Zeiten, in denen das Gewaltschutzgesetz noch nicht bestand. Es hat sich bestätigt, dass Prävention und Repression zwei Felder zur Bekämpfung von Gewalt sind.

Wer Gewalt in der Gesellschaft wirkungsvoll verhindern will, muss sich den Ursachen von Gewalt stellen. Es gilt als sicher, dass Perspektivlosigkeit, Bildungsferne und nur schwach ausgeprägte Wertevermittlung mitursächlich für gewalttätige Exzesse in der Gesellschaft sind.

Die Kriminalitätsstatistik darf nicht ignoriert werden. Mit großer Sorge nehmen wir deshalb zur Kenntnis, dass die Bereitschaft junger Menschen, Gewalt auszuüben, gestiegen ist. Während derzeit die Kriminalität auf hohem Niveau stagniert, steigt die Zahl jugendlicher und heranwachsender Täterinnen und Täter an. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzungsdelikte und Raubtaten gehören zum Alltag von Jugendlichen, ob als Opfer oder als Täter.

Hinter jeder Gewalttat steht ein Opfer. Diese Mitbürgerinnen und Mitbürger leiden oft jahrelang an den Folgen der Übergriffe. Täterinnen und Täter gefährden mit ihrem kriminellen Tun einen existenz-sichernden Lebensweg, schon allein deshalb muss Kriminalprävention stärker betrieben werden. Die Zivilgesellschaft darf es nicht hinnehmen, dass gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Menschen zum Alltag werden.

Die alltägliche Gewalt von Jugendlichen wird von uns als ein herausragendes Problem der Gesellschaft erkannt. Wer Gewaltprävention ernst nimmt, muss Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben von Jugendlichen eröffnen. Nur wer etwas zu verlieren hat, bewahrt sich die Chance auf den Erhalt des Erstrebten. Auch aus Kriminalpräventionsgründen setzen wir uns dafür ein, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz und jede/r Mitbürger/in einen Arbeitsplatz hat.

Wir sind fest davon überzeugt, dass Gewaltprävention auch einhergeht mit der Stärkung gewaltfreier Konfliktlösungsstrategien. Wer erkennt, was ein anderer Mensch will, was ihn bewegt und was ihn begrenzt, kann die

Fähigkeit zur Akzeptanz entwickeln.

Viele Schulen arbeiten schon jetzt intensiv an Gewaltpräventionsmaßnahmen. Diese Arbeit muss verstärkt werden. Wir fordern die Verantwortlichen in Politik und Schulen auf, dafür zu sorgen, dass jede Schülerin und jeder Schüler in Deutschland verpflichtend in der Schule gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien erlernen und sich gesellschaftlichen Werten und den Ursachen von Gewalt auseinandersetzen kann. Um dies sicherzustellen, müssen die Rahmenpläne und Stundentafeln entsprechend angepasst werden. Es ist nicht akzeptabel, dass ein Antigewalttraining in der Schule davon abhängt, ob an einer Schule problembewusste und engagierte Lehrkräfte tätig sind.

Gewalt in der Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren auch an den Übergriffen auf Mitbürgerinnen und Mitbürger in Uniform manifestiert. Angriffe auf Busfahrerinnen und Busfahrer, auf Angehörige der Rettungsdienste und der Feuerwehr, sowie auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte haben Opfer in diesen Berufsgruppen hinterlassen und bundesweit für Aufsehen gesorgt. Wir dürfen es nicht bei der Abscheu vor dieser Gewalt belassen. Wir erkennen, dass die Uniformträgerinnen und -träger auch stellvertretend für Staat und Gesellschaft zu Opfern von Gewalt geworden sind. Deshalb nehmen wir zur Kenntnis, dass es einen Zusammenhang zwischen der wachsenden Demokratiefeindlichkeit und der Bereitschaft zu Gewalt gegenüber jenen Mitbürgerinnen und Mitbürger gibt, die durch ihre Dienstkleidung den Staat repräsentieren.

Mit besonderer Aufmerksamkeit betrachten wir die Prozesse, die sich bei den Übergriffen auf Polizistinnen und Polizisten zeigen. Neben der bereits bekannten Form von ritualisierter Gewalt im Rahmen von Demonstrationen haben auch solche Übergriffe stark zugenommen, die gewissermaßen aus dem Nichts geschehen. Brutalität und Massivität der anlasslosen Gewalt gegen Polizeibedienstete haben derart stark zugenommen, dass es notwendig ist, insbesondere diese Form der Gewalt auch mit dem Mittel der Repression zu bekämpfen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass auch schon der tätliche Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten/in zukünftig strafbar wird! Wir sind der tiefen Überzeugung, dass Staat und Gesellschaft alle Maßnahmen ergreifen müssen, um die Gesundheit vor allem der Menschen zu schützen, die ihn auch in extremen Situationen repräsentieren müssen.

Der Gewalt in der Gesellschaft kann auch in Zukunft nur wirksam begegnet werden, wenn es stärker als bisher gelingt, Gewalt als Mittel der persönlichen oder politischen Auseinandersetzung zu ächten. Gewalttätige Übergriffe dürfen nicht verharmlost werden, auf sie muss situationsbedingt angemessen reagiert werden. Es kommt darauf an, dass überall dort, wo Gewalt offenkundig wird, eine gesellschaftliche Reaktion erfolgt. Dabei ist in Zukunft verstärkt das gesamte Instrumentarium der gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen: von pädagogischer Einwirkung über institutionelle Prävention bis zu staatlicher Repression und politischer Ächtung. Alle Maßnahmen müssen angemessen und zielorientiert angewandt werden.